Digitalisierung
Mit Open Source zur digitalen Souveränität » Seite 2

Plauenscher Grund
Kletterwand wird abgerissen
» Seite 2

Stadtentwicklung
Hochbauten hinter dem Dresdner Zwinger » Seite 5

Ausgabe 04

»Die haushaltspolitische Sturheit der Verwaltung schadet Dresden.«

Tilo Kießling

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juni/Juli 2021

Sozial aus der Krise

Was geschieht nach der Corona-Pandemie? Wir finden: Dresden muss sozial gerechter gestaltet werden – ob in der kommunalen Gesundheitsversorgung, bei Stromsperren oder bei der Verteilung des Haushaltsüberschusses. » Seite 4, 6 und 7

Gemeinsam unbequem

Im Stadtrat hat sich eine neue Fraktion gebildet – die Dissidenten. Aber: Ist hier Name auch Programm?

Wenn sich eine Gruppierung, die zu 75 Prozent aus gebürtigen Westdeutschen besteht, mit dem Dissidenten-Begriff »schmückt«, kann man sicher schon mal genauer hinschauen. Dissident – das ist der, der im Lateinischen statt zusammenauseinandersitzt, der »unbequeme Andersdenkende«, wie ihn Wikipedia nennt. Was aber ist unbequem daran, aus der Unfähigkeit, eine gemeinsame Linie unter politisch Verbündeten zu finden, einen angeblich notwendigen radikalen Bruch zu zimmern? Ist nicht gerade jetzt der viel unbequemere Weg, unterschiedliche Interessen gegeneinander und miteinander abzuwägen und zu gesellschaftlich gangbaren Wegen zu kommen? Was ist unbequemer als genau das in einer tief zerstrittenen Gesellschaft zu versuchen?

Um es beispielhaft zu machen: Wie kann man der Kritik an der Haltung von Menschenaffen in vielen Zoos begegnen – im Wissen um die Bedeutung des Dresdner Zoos für viele Menschen in unserer Stadt? Wie können wir das Städtische Klinikum in seiner Größe und Stärke erhalten und trotzdem die baulichen und strukturellen Herausforderungen der verschiedenen Standorte angehen? Wenn die lautstarke Betonung feinster Meinungs- und Gesinnungsunterschiede wichtiger ist als die gemeinsame Suche nach Lösungen, ist das alles andere als unbequem. Ganz und gar nicht bequem ist es allerdings, sich mit denen anzulegen, denen eine Spaltung der Gesellschaft in die Hände spielt. Das geht, wenn verschiedene Kämpfe zu gemeinsamen werden, wenn Mieterinnen und Mieter, queere Menschen oder gebeutelte Kulturschaffende Seite an Seite für Gerechtigkeit eintreten. Wie das gelingen kann und wem das Unbequemlichkeiten bereiten könnte – nachzulesen in dieser Ausgabe.

Thomas Feske

SACHSENBAD VERKAUFT

Kopfschütteln

Die große Hoffnung, das Sachsenbad als Gesundheitsbad wiederzubeleben und damit den Willen der vielen Bürger:innen in Dresden zu erfüllen, zerplatzte wie eine Seifenblase. Eine Mehrheit aus CDU, FDP, AfD, Freien Wählern und leider auch der SPD stimmten in der Stadtratssitzung im Mai für den Verkauf des Gebäudes an einen privaten Investor. Die Entscheidung der SPD, das Sachsenbad eher an einen Bieter zu verkaufen, der das Gebäude in einen Bürokomplex umwandeln will, als erstmal den Verkauf zu verhindern, löst bei den vielen engagierten Bürger:innen sicher Kopfschütteln aus. Auch die plötzliche Zusicherung des Oberbürgermeisters, Geld aus dem Haushaltsüberschuss von 2020 für den Bau eines neuen Schwimmbads zu investieren, ist ein blanker Hohn. Nachdem jetzt überraschend bekannt wurde, dass der Haushaltsüberschuss im vergangenen Jahr 109 Millionen Euro betrug, fordert die LINKE eine Revision des Verkaufsbeschlusses. » Seite 3

TAG DER BEFREIUNG

Gedenken am 8. Mai

Jährlich, am 8. Mai, erinnert die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit Dresdner Organisationen, Vereinen und Menschen, denen das Thema Frieden am Herzen liegt, am Olbrichtplatz an die Befreiung Deutschlands von den faschistischen Machthabern. Trotz der pandemiebedingten Absage einer offiziellen Gedenkveranstaltung legte die Fraktion am Denkmal der Roten Armee Blumen nieder. DIE LINKE plädiert dafür, diesen Tag angesichts seiner Bedeutung bundesweit zum Gedenktag zu machen.

Die Redaktion

»Den Befreiern zum Dank. Uns zur Pflicht.«

Mit Open Source zur digitalen Souveränität

Auf allen politischen Ebenen ist die Verwaltung abhängig von einzelnen Software-Anbietern. Freie Software öffnet den Weg zur digitalen Selbstbestimmtheit

Die Stadtverwaltung sollte lieber auf freie Software zugreifen anstatt Unsummen für Lizenzverträge auszugeben!

Die Abhängigkeit von einzelnen Software-Anbietern schränkt den Handlungsspielraum bei Beschaffung, Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie ein und gefährdet damit Sicherheit, Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit – die sogenannte »digitale Souveränität« der öffentlichen Verwaltung. Der Einsatz von Open Source Software (OSS) bzw. freier Software ist zukunftsweisend für die Verwaltung und ein wichtiger Schritt zur digitalen Souveränität. Freie Software zeichnet sich dadurch aus, dass jeder die Computerprogramme frei verwenden, verstehen, verbessern und verbreiten darf. Damit grenzt sie sich von Closed Source Software (CSS) mit proprietären Lizenzen ab, bei der der Quellcode weder verbreitet noch untersucht, verändert und nur gegen Zahlung verwendet werden darf. Open Source Systeme sind innovativer, sicherer und flexibler. Trotzdem bestehen immer noch Ressentiments, wenn es um den Einsatz offener Softwarecodes geht.

Open Source bricht Monopole und fördert Innovation.

Dabei gibt es gewichtige Argumente, die dafürsprechen: Software, die öffentlich einsehbar und damit ständigen Verbesserungsprozessen unterworfen ist, beschleunigt Innovationszyklen und führt zu einer konstanten Optimierung. Dies garantiert hohe Qualitätsstandards. Die Zusammenarbeit Vieler zahlt sich aus, um Sicherheitslücken vorzubeugen oder rasch zu schließen. Denn ebenso schnell wie Hacker Schwachstellen finden, kann eine große Entwickler:innengemeinschaft auch Probleme beheben. Die Rahmenbedingungen für IT-Sicherheit sind bei freier Software wesentlich besser als es bei geschlossenen Systemen der Fall ist. Wenn der Code offen und veränderbar ist, kann jede Behörde zeitnah auf Veränderungen eingehen. Mit der Freiheit für Weiterentwicklungen können Behörden unmittelbar auf die Bedürfnisse der Bürger:innen eingehen. Sie können auf jede Dienstleister:innen zurückgreifen, die für sie neue Funktionen und Features realisieren kann. Das bricht Monopolstellungen auf und fördert Innovation!

Andere Kommunen wie Dortmund und Schwäbisch-Hall machen es vor und setzen in erster Linie auf Open Source. Dresden ist hier aber nicht nur auf dem rechten Auge, sondern auf beiden blind: In den Jahren 2017 bis 2020 gab die Landeshauptstadt mittels Rahmenvertrag mit Microsoft allein 1.525.546,24 Euro für Lizenzen aus. Im Gegensatz dazu gab es seitens der Landeshauptstadt keine eigenen Bestrebungen, Projekte oder Investitionen für Open Source Software. Daran sollte schleunigst etwas geändert werden! Schließlich gibt es einige engagierte Initiativen, wie beispielsweise der Chaos Computer Club oder das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, die sich für den Ansatz freier Software in der Verwaltung aussprechen und bei der Umsetzung beratend zur Seite stehen könnten.

Katharina Hanser

GLEICHSTELLUNG

Kletterfelsen wurde stillgelegt

Mit viel Eigeninitiative wurde vor sieben Jahren am Kletterfelsen im Plauenschen Grund eine Klettermöglichkeit für Menschen mit Behinderung geschaffen und rege genutzt. 2020 ging das Grundstück von einem Eigentümer, der das Klettern dort gestattete, in kommunalen Besitz über. Quasi über Nacht wurde nun das Klettern in dem Bereich durch das Umweltamt verboten – Einsturzgefahr und Sicherung des Areals als Naturschutzgebiet, so die Begründung. In verschiedenen Gremien – unter anderem dem Beirat für Menschen mit Behinderungen – wurde lange über eine gemeinsame Lösung diskutiert. Die gemeinsame Suche nach einer Alternative wurde versprochen, doch bislang wurde diese noch nicht gefunden.

Doch dann ein herber Schlag: Ohne Rück- und Absprache mit den Beteiligten hat die Verwaltung mit dem Abriss der Klettermöglichkeiten begonnen. »Ein fatales Signal«, findet die Dresdner Bundestagsabgeordnete Katja Kipping und fordert Oberbürgermeister Hilbert dazu auf, sich nun persönlich der Sache anzunehmen und eine Lösung zu finden. Auch Stadträtin Margot Gaitzsch verlangt, dass die Verwaltung den Rückbau der Kletterwand solange einstellt, bis eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Es sei äußerst unsensibel, die unter Eigeninitiative geschaffene Bewegungsmöglichkeit für Menschen mit Behinderungen ohne Rücksicht auf deren besondere Anforderungen zu eliminieren. Stadträtin Anja Apel weist darauf hin, dass die Eiligkeit des Rückbaus kaum begründbar sei. Dass jetzt schon Tatsachen geschaffen wurden, schädige nur den gesamten Prozess und verhärte die Fronten zwischen den Beteiligten weiter.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung zu finden.

Die Redaktion

Für Menschen ohne Behinderungen gibt es ausreichend Klettermöglichkeiten. Daher: Kletterfelsen am Plauenschen Grund für Menschen mit Behinderung erhalten!

Wesentliche Veränderung

In der Mai-Sitzung des Dresdner Stadtrates beschloss eine Mehrheit, das Sachsenbad an einen privaten Investor zu verkaufen. Die Fraktion DIE LINKE will eine Revision des Beschlusses erwirken

»Die Entscheidung über den Verkauf des Sachsenbades wurde unter Vortäuschung falscher Tatsachen durch Oberbürgermeister Hilbert erschlichen«, findet LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach

Am 12. Mai fasste eine Mehrheit aus CDU, SPD, AfD, FDP und Freien Wählern den Beschluss zum Verkauf des Sachsenbades an einen privaten Investor, der es zu einem Bürogebäude umbauen will. Das wesentliche Argument jener Fraktionen, die für den Verkauf des Sachsenbads stimmten, bestand darin, dass in der Stadt kein Geld für dessen Wiederbelebung vorhanden sei.

Hilbert sorgt für Verblüffung

Doch gerade einmal zwei Wochen später sorgte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) für große Verblüffung. Denn am 26. Mai 2021 wurde folgende Mitteilung versandt: »Rund 109 Millionen Euro Überschuss aus dem Jahresabschluss 2020« Hilbert teilte überraschend mit: »Im Ergebnis kann die Landeshauptstadt Dresden nach dem gegenwärtigen vorläufigen Jahresabschluss mit einer verfügbaren Liquidität in Höhe von rund 109 Millionen Euro zum Ende des Haushaltsjahres rechnen. Dieser neu eingetretene Umstand hat nunmehr auch Einfluss auf das bereits laufende Haushaltsjahr 2021 und dessen Haushaltsvollzug. [...] In der Zusammenführung der nunmehr vorliegenden Informationen ergibt sich ein neues Gesamtbild für die weitere finanzielle Entwicklung des Doppelhaushaltes 2021/2022.«

»Reichlich viel Holz«

Über diese Entwicklung war der Stadtrat, der die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und das Hauptorgan der Landeshauptstadt Dresden ist, zunächst im Unklaren gelassen worden. In einem in den Dresdner Neuesten Nachrichten am 29. Mai 2021 veröffentlichten Kommentar formulierte der Rathausreporter Thomas Baumann-Hartwig unter der Überschrift »Reichlich viel Holz« treffend:

»Wie bitte? Der geneigte Zuhörer ist verblüfft: In der Stadtkasse liegt ein Überschuss von 109 Millionen Euro. Trotz Corona. Wie kann das gehen? Vor wenigen Monaten lief noch ein Überbietungswettbewerb: Dramatischer Einbruch bei den Stadtfinanzen! So schlimm wie seit 1990 nicht! Millioneneinbußen! Es klang fast so, als wenn Finanzbürgermeister Peter Lames (SPD) kurz vor dem Gang zum Amtsgericht stand – um Insolvenz anzumelden. Okay, Lames hätte das Innenministerium informieren müssen, das Dresden bei Zahlungsunfähigkeit unter Zwangsverwaltung gestellt hätte. [...] Die Stadträte kommen sich reichlich veralbert vor. Mag sein, dass ein Kämmerer bei einem Milliarden-Haushalt das Ziel um 20 Millionen Euro verfehlt, vielleicht auch um 30. Aber 109 Millionen? Das ist reichlich viel Holz.«

Plötzlich ist Geld für neue Schwimmhalle da

Der Gipfel: Die Stadträtinnen und Stadträte konnten dann verschiedenen Medien entnehmen, dass für eine neue Schwimmhalle in Pieschen allein aus diesem Überschuss 6,5 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang berichtet, dass eine geplante Sonderausschüttung in Höhe 10 Millionen Euro aus der Fusion der Drewag und der Enso zur SachsenEnergie noch nicht für einen anderen Zweck gebunden sei, sondern vielmehr ebenfalls für diese neue Schwimmhalle zur Verfügung stünde.

DIE LINKE will die Sanierung durch ein stadteigenes Unternehmen auf den Weg bringen.

Angesichts dieser wesentlichen Veränderungen der Sachlage will die Fraktion DIE LINKE eine Revision des Beschlusses zum Sachsenbad-Verkauf erreichen. Sie hat dazu kurzfristig einen Antrag erarbeitet, mit dem sie vorschlägt, die Entscheidung zum Verkauf aufzuheben und mit den nun vorhandenen Geldern die Sanierung durch ein stadteigenes Unternehmen auf den Weg zu bringen. *André Schollbach*

ANTRAGSINITIATIVE

Mehr Impfgerechtigkeit

Gebt die Patente frei, fordert DIE LINKE. Denn die Frage nach der Impfgerechtigkeit ist zuvorderst eine globale Frage. Sie ist aber nicht erst jetzt auch eine nationale Frage. Aktuelle Studien verdeutlichen, dass für arme oder armutsgefährdete Menschen im Falle einer Corona-Erkrankung die Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs höher ist. Die Bundesregierung hat diese soziale Perspektive bei der Impfpriorisierung außen vorgelassen. Selbst im Rahmen der vorhandenen Priorisierungen ist noch reichlich Luft nach oben. Nicht nur ältere Menschen scheitern regelmäßig an überhitzten Impfhotlines und komplizierten, überlasteten Online-Portalen. Für mobilitätseingeschränkte Menschen ist selbst die Fahrt mit einem Dresdner Impftaxi ein großes Hindernis. Die Impfkampagne – wie sie momentan läuft – schafft über diskussionswürdige Priorisierungen und über technische und physische Hürden beträchtliche Ungerechtigkeiten.

Auch in Dresden braucht es mehr Impfgerechtigkeit. Deshalb hat DIE LINKE im Dresdner Stadtrat einen Antrag auf den Weg gebracht, der dezentrale Impfmöglichkeiten in allen Stadtteilen, etwa in Betrieben, Rathäusern oder sozialen Einrichtungen, vorschlägt. Ein Impfbus soll als mobiles Angebot zu denen kommen, die sehnlichst auf eine Impfung warten. Sozialarbeiter sollen vor Ort bei der Organisation eines Impftermins helfen und Angebote in einfacher Sprache sollen weitere mögliche Hürden für Impfwillige ausräumen. *Thomas Feske*

DIE LINKE fordert mehr Impfgerechtigkeit in Dresden

ZOO DRESDEN

Debatte um neues Orang-Utan-Haus

Mit dem neuen Gehege schaffen wir bessere Haltungsbedingungen für die Dresdner Orang-Utans

Durch die Vorlage der Stadtverwaltung, dem Dresdner Zoo für den Neubau des Orang-Utan-Hauses ein Gesellschafterdarlehen zu gewähren, ist die Debatte zur Haltung von Menschenaffen in Zoos wieder aufgerollt worden. Insbesondere junge Menschen kritisieren die Haltung von Wildtieren im Zoo. Das Argument des Artenschutzes ist für sie nicht ausreichend, der Schutz muss ihrer Ansicht nach dort stattfinden, wo die Tiere ihren natürlichen Lebensraum haben – und zwar mit deutlich größerer finanzieller Unterstützung. Der Beitrag der Zoos zum Artenschutz reiche dafür nicht aus.

Zum Schutz des natürlichen Lebensraums der Orang-Utans in Indonesien bedarf es aber mehr als nur finanzielle Mittel. Die Abholzung des Regenwaldes zur Palmölgewinnung, der Kohleabbau und Brände schreiten weiter fort, jeden Tag sterben etwa 25 Orang-Utans, weil ihr Lebensraum verloren geht. Die meisten Tiere der Auffangstation für die Orang-Utans in Borneo können nicht ausgewildert werden, weil ihr Lebensraum einfach nicht mehr vorhanden ist. Wir Menschen müssten unser Konsumverhalten grundlegend ändern, um nachhaltig etwas zu verändern. Man bedenke: Die indonesischen Inseln Sumatra und Borneo decken mit 85 Prozent einen Großteil der Palmölgewinnung ab. Dieses Öl steckt in Tiefkühlpizzen und Schokocremes, genauso wie in Kosmetikprodukten, Biodiesel oder Waschmittel.

Sollte den Dresdner Orang-Utans nicht hier die bestmögliche Unterbringung ermöglicht werden? Die Mehrheit des Stadtrats hat es bei der Abstimmung jedenfalls so gesehen und sich für das Gesellschafterdarlehen ausgesprochen. Und auch unser ergänzender Antrag, aus der neuen Orang-Utan-Anlage eine Auffangstation für Orang-Utans aus anderen Zoos mit schlechteren Haltungsbedingungen zu schaffen, wurde mehrheitlich angenommen. *Anja Apel*

Klinikum im Widerstand

In Kürze soll der Stadtrat über das Zukunftskonzept des Städtischen Klinikums entscheiden. Stadtrat *Jens Matthis* wirft einen kritischen Blick auf das Konzept

Es wurde viel getrommelt für das so genannte »Zukunftskonzept« des Städtischen Klinikums, einen scheinbar grandiosen Plan, der mit Unterstützung des »Beratungsunternehmens« Ernst & Young entwickelt wurde. Das Krankenhaus Friedrichstadt soll bis 2035 zum modernen »Zentralcampus« für alle somatischen Fachbereiche und die Außenstelle am Weißen Hirsch zum Fachzentrum für psychiatrische Medizin werden. Ohne bittere Pille geht es natürlich nicht: Das alte Krankenhaus Neustadt in Trachau soll als stationäres Krankenhaus geschlossen und zum ambulanten »Gesundheitszentrum« zurückgestuft werden. Gegen Letzteres regte sich Widerstand, insbesondere bei der Bevölkerung im Dresdner Norden und Nordwesten. Eine Petition des Krankenpflegers Jonas Leuwer erhielt innerhalb weniger Wochen 4912 Unterschriften. Auch der Personalrat gab eine vernichtende Stellungnahme ab.

Das Krankenhausmanagement und viele in der Politik schienen jedoch freudig bereit zu sein, die bittere Pille zu schlucken, wurde doch ein »wettbewerbsfähiges« Klinikum ohne rote Zahlen versprochen. Außerdem winkt für die Schließung des Standortes Trachau eine Förderung aus dem so genannten »Krankenhausstrukturfonds«, die man sich doch nicht entgehen lassen kann. Sie haben richtig gelesen: Geld gibt es tatsächlich für die Schließung bzw. Umwandlung eines Krankenhauses. Unter Eingeweihten spricht man von einer »Abwrackprämie«. Nun handelt es sich aber in Trachau nicht um irgendeine unwirtschaftliche Klitsche, sondern um das bis zur Fusion 2017 siebtgrößte Krankenhaus Sachsens. Deshalb wachsen auch die Zweifel, ob das die richtige Therapie für das Klinikum ist; der Stadtbezirksbeirat Altstadt und der Bauausschuss stimmten bereits dagegen. Denn während die »Umwandlung« in Trachau wegen der Fördermittel verbindlich wäre, erweisen sich die weiteren Pläne zum Ausbau von Friedrichstadt bei näherer Betrachtung nicht nur als vage, sondern eher als Potemkin'sche Dörfer. Da werden aus dem Landeshaushalt Gelder eingeplant, die es dort gar nicht gibt, da werden Grundstücke beplant, die der Stadt gar nicht gehören, und schließlich werden auch die zwingenden Denkmalschutzbestimmungen für das Friedrichstädter Areal einfach ausgeblendet. Das alles kann derzeit noch weggeredet werden, sind doch die Entscheidungen zu den wesentlichen Veränderungen in Friedrichstadt ohnehin erst nach 2025 vorgesehen, wenn der nächste Stadtrat (und vermutlich auch der nächste Krankenhausgeschäftsführer) zuständig sind.

Aus dem Klinikum Dresden-Neustadt soll ein ambulantes Zentrum gemacht werden.

Das Zukunftskonzept würde das Klinikum keinesfalls leistungsfähiger machen!

Die wahrscheinlichste Konsequenz des Zukunftskonzeptes wäre jedoch, wenn die Ausbaupläne in Friedrichstadt wie Seifenblasen platzen, dass Dresden damit ab 2035 nur noch über ein deutlich geschrumpftes Städtisches Klinikum verfügt, welches nach den verqueren Kriterien von Ernst & Young dann zwar »wettbewerbsfähiger«, aber natürlich keinesfalls leistungsfähiger bei der Versorgung der Bevölkerung wäre. Der derzeitige Stadtrat sollte genau überlegen, ob er dieses Problem wirklich dem überübernächsten Stadtrat aufhalsen will, denn auch im Bundesgesundheitsministerium schwant heute manchem, dass die Politik des Bettenabbaus, der Krankenhausschließungen und der Privatisierungen in den letzten Jahren falsch gewesen sein könnte. Den Masterplan für diese Politik lieferte 2005 übrigens auch ein privates »Beratungsunternehmen«. Sie haben richtig geraten: Ernst & Young.

Arm und reich
Der Bericht zur Lage
» Seite 2

Gerechte Sprache
Geht das überhaupt?
» Seite 3

Bildungshunger
Das BAföG reicht nicht zum Leben
» Seite 7

Ausgabe 04

»Armut macht krank und führt in die soziale Isolation.«

Katja Kipping

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Juni/Juli 2021

Oben und unten

Über den Klassencharakter der Pandemiebewältigung
» Seite 4

Duo mit klarer Verortung

DIE LINKE geht selbstbewusst in den Wahlkampf

Mit der Bundesvorsitzenden Janine Wissler und dem Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch als Spitzenkandidaten startet DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf 2021. Das Duo erfüllt gleich mehrere Quoten: Sie ist eine junge, aber als langjährige Fraktionschefin im Hessischen Landtag politisch erfahrene Frau aus dem Westen, die erstmalig für den Bundestag kandidiert. Er ist ein gestandener Politiker aus dem Osten, der seit 2015 die Bundestagsfraktion anführt. Die 39-Jährige Janine Wissler gehört dem linken Flügel unserer Partei an, während der 63-Jährige Dietmar Bartsch als Pragmatiker gilt. Beide geben unserer Partei in den nächsten drei Monaten ein Gesicht und werden während des Wahlkampfes im Rampenlicht stehen, um ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen.

Auch wenn unser Wahlprogramm erst auf dem Bundesparteitag am 19. und 20. Juni beschlossen werden soll, stehen die zentralen Themen längst fest: Wir kämpfen weiterhin für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor, sagen kleinen Renten und Kinderarmut den Kampf an und fordern die Besteuerung großer Vermögen, auch um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Wir sind nach wie vor die einzige Partei, die sich konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ausspricht, die Auflösung der NATO und den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte fordert. Das zentrale Ziel des Wahlkampfes muss sein, klar zu kommunizieren, dass es uns nicht um kleine Korrekturen, sondern um einen grundsätzlichen Richtungswechsel geht. Das Elend auf dieser Welt kann nur durch konsequente Umverteilung und deutliche Korrekturen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bekämpft werden. DIE LINKE sieht sich nicht erst seit der Corona-Krise als Anwältin der Leistungsträger:innen unserer Gesellschaft. Pflegekräfte, Erzieher:innen und Supermarktpersonal müssen für ihre systemrelevante Arbeit endlich einen gerechten Lohn bekommen. Es muss klar werden, dass wir die Partei der kleinen Leute sind, die sich um eine nachhaltige und sozial gerechte Zukunft kümmert. *Anne Holowenko*

EDITORIAL

Das Wesentliche

Noch knapp vier Monate sind es bis zur Bundestagswahl – und dennoch wahlkämpft es schon aus allen Knopflöchern, Zeitungsspalten und mobilen Endgeräten. Vorwürfe werden laut – und umgehend dementiert, Schuldige für miese Umfragewerte werden zornig gesucht und für gute Umfragewerte begeistert präsentiert, Bücher zum passenden und unpassenden Zeitpunkt veröffentlicht. Brisante Themen werden gesetzt, in der Hoffnung, den letztnotwendigen Eindruck bei der eigenen Klientel zu schinden, weil man glaubt zu wissen, was alles so Eindruck macht. Was wirklich notwendig wäre, spielt dabei die immer gleiche, untergeordnete Rolle. So sieht das aus, wenn man ein klein wenig Abstand nimmt vom politischen Geschäft und sich vorstellt, selbst nichts damit zu tun zu haben. Sich auf das Wesentliche zu beschränken, statt dem Zeitgeist hinterherzulaufen, wäre wohl nicht die schlechteste Idee, um am Ende nicht nicht - die leeren Hände ringend – nach Erklärungen suchen zu müssen. *Uwe Schaarschmidt*

Das Schweigen der Reichen

Der Armuts- und Reichtumsbericht macht anschaulich, was in diesem Land sozial im Argen liegt

Die einen fahren so ...

Am vergangenen Mittwoch wurde im Kabinett der sechste Armuts- und Reichtumsbericht verabschiedet. Dieser Bericht ging im allgemeinen Medientrubel relativ unter. Dabei enthält das 555-seitige Dokument aufrüttelnde Erkenntnisse.

Warum dieses Schweigen? Kann es sein, dass die Mehrheit der Meinungsmacher und Meinungsmacherinnen in diesem Land sich kaum für die Sorgen der Ärmeren interessiert? Einiges spricht dafür. Doch wer die soziale Frage gering schätzt, wer die Sorgen der Ärmeren ignoriert, begeht einen großen Fehler. Denn auch im Sozialen kann es zu Kipppunkten kommen. Die Folgen sozialer Spaltung können für Gesellschaften, ja für die Demokratien genauso zerstörerisch sein wie die Treibhausgas-Emissionen fürs Klima. Perspektivlosigkeit und Abstiegsängste, also die Sorgen von Menschen, die noch etwas zu verlieren haben und denen durch Armut in der Gesellschaft vor Augen geführt wird, wie tief der Abstieg gehen könnte, sind ein guter Nährboden für menschenfeindliche Propaganda.

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht liefert wissenschaftlich fundiert Belege dafür, dass sozial in diesem Land einiges im Argen liegt. Zu den ermittelten gesellschaftlichen Tendenzen gehört das Schrumpfen der Mitte von 49 Prozent auf 37 Prozent. Einst wurde rund die Hälfte der Bevölkerung zur Mitte gezählt, heute nur noch ein reichliches Drittel. Damit wird das frühere Aufstiegsversprechen zumindest für ärmere Schichten zur Illusion. Unten ist vielmehr eine Verfestigung von Armut und Prekarität zu beobachten. Beim Vermögen ist die Verteilungsungerechtigkeit besonders auffällig. Die reichere Hälfte der Bevölkerung besitzt 99,5 Prozent des Vermögens, für die ärmere Hälfte bleiben die restlichen 0,5 Prozent beziehungsweise Schulden.

Acht Jahre weniger Lebenszeit

Diese Ungleichheit setzt sich beim Bildungsweg fort: Aus Haushalten mit hohem sozioökonomischen Status entscheiden sich 79 Prozent der Kinder für das Gymnasium, aus ärmeren Haushalten nur 27 Prozent. Dieser Unterschied lässt sich nicht mit den Veranlagungen der Kinder erklären. Vielmehr zeigt sich hier, dass unser Bildungssystem nicht in der Lage ist auszugleichen, was Kinder an unterschiedlichem Kapital mit auf den Lebensweg bekommen.

Arme Männer sterben im Schnitt acht Jahre eher als wohlhabende.

Arme und Erwerbslose sind zudem stärker von Verkehrslärm und Luftverschmutzung in ihrem Wohnumfeld betroffen. Was noch einmal belegt, dass Umweltschutz auch eine zutiefst soziale Frage ist. Arme leiden häufiger unter Vereinsamung, ja sozialer Isolation. Armut, das heißt oft, dass das eigene Lebensumfeld immer mehr zusammenschrumpft, manchmal auf die eigenen vier Wände – aus Scham oder weil schlichtweg die Mittel für Begegnungen fehlen.

Nun ist der Dauerzustand der sozialen Isolation in einer engen Wohnung, die den Angemessenheitsgrenzen von Hartz IV entspricht, nicht zu vergleichen mit einem zwar langen, aber doch vorübergehenden Lockdown in einer größeren Wohnung mit Balkon oder in einem Haus mit Garten. Doch vielleicht hilft die Erinnerung an das eigene Hadern mit den Kontaktbeschränkungen, den eigenen Frust über die Einschränkungen während des Lockdowns, zumindest ansatzweise erahnen zu können, wie es sich anfühlt, wenn sich das Leben zunehmend auf die eigene Wohnung begrenzt. Hinzu kommt: Arme haben schlichtweg weniger Zeit zum Leben. Die vielleicht größte Ungerechtigkeit besteht darin, dass arme Männer im Schnitt acht Jahre eher als wohlhabende sterben.

Mit einem Klischee räumt dieser Bericht jedoch auf: Trinken über den Durst ist eher bei sogenannten hohen Statusgruppen zu beobachten als am unteren Ende der Einkommenshierarchie. So ist riskanter Alkoholkonsum bei 18 Prozent der Männer mit hoher Bildung zu beobachten. Bei Männern mit niedriger Bildung nur bei 15 Prozent.

68 Prozent für höhere Steuern für Reiche

Unterm Strich sind die Erkenntnisse dieses offiziellen Regierungsdokuments ein nachdrückliches Plädoyer für einen steuer- und sozialpolitischen Kurswechsel. Diese Konsequenz verschweigt die Regierung jedoch im Bericht. Insofern obliegt es der sozialen Opposition, das Offensichtliche auszusprechen: Es ist höchste Zeit für eine soziale Offensive, die alle garantiert vor Armut schützt.

Die gute Nachricht lautet: Der Bericht selber liefert einen Hinweis, woher das Geld für sozialen Ausgleich und Bildungsgerechtigkeit kommen könnte. Immerhin wurden für den Bericht auch Einstellungen in der Bevölkerung ermittelt. 68 Prozent antworten auf die Frage, ob Steuern für Reiche zu niedrig sind mit Ja. Sogar aus der reichsten Gruppe der Befragten fand sich dafür eine Mehrheit von 54 Prozent. Sollte sich in einer Demokratie nicht durchsetzen, wofür zwei Drittel sich aussprechen?

Katja Kipping

... die anderen so.

Sprache entwickelt sich ständig – und auch eigenständig. Welches Maß an Dressur tut ihr gut?

Stern ohne Himmel

Bis vor wenigen Jahren nutzte man die Taste links neben dem Enter fast nur für das Pluszeichen

Sprache gendern – muss das sein? Bei der »Berliner Zeitung« (nicht zu verwechseln mit Springers »B.Z.«) debattiert man diese Frage innerhalb der Redaktion wohl ebenso leidenschaftlich wie in anderen deutschen Schreibstuben auch – und hat nun beschlossen, diese Debatte öffentlich zu führen. Ein Podium dafür war schnell gefunden: das eigene Blatt. Den Anfang durfte der eigene Korrektor machen – vermutlich ein Zugeständnis an die Qualen, die er in dieser Position und bei diesem Thema täglich erdulden muss, denn: Ingo Meyer ist nicht nur Germanist und Anglist, sondern auch als Sachbuch- und Hörspielautor sowie Werbetexter im sprachlichen Einsatz.

So nimmt auch der Tenor seines Essays kaum wunder, wobei es Meyer allerdings nicht bei den üblichen, akademischen Belehrungen über das generische Maskulinum belässt, sondern die gendergerechte Sprache in ihrer Funktion als »Takelage der Identitätspolitik« untersucht und dabei feststellt, was vom Anspruch einer diskriminierungsfreien Sprache als Mittel gegen tatsächliche Diskriminierungen in der Gesellschaft letztendlich übrig bleibt: eine neue Art der Diskriminierung, die sich gegen alle richtet, die sich – und sei es nur aus Gründen sprachlicher Ästhetik – der geforderten Unterwerfung verweigern. »Eingriffe in die Sprache – die etwas völlig anderes sind als systemische Eigenveränderungen – sind im Kern totalitär«, stellt Meyer fest und verweist dabei auf seine Jugend in der DDR, »in der es eine ideologisch gefärbte Kunstsprache gab, die man in der Öffentlichkeit nachahmte und im Privaten parodierte«.

Meyer beschreibt die Blüten, die der Drang nach sprachlicher Sichtbarmachung jeglicher Identität treibt, anhand von einigen Beispielen und mit Hilfe von Zitaten Betroffener: Schriftsteller, Typographen, Schauspieler, Studenten. Und er kommt am Ende auf reale Gefahren zu sprechen, die dem bedingungslosen Glauben an einen gesellschaftlichen Wandel mittels verordneter Sprachtransformation entspringen.

»Inklusiver Diskurs ist überall dort, wo Menschen ihre Denkmuster hinterfragen.«

Sprachliche Fallgruben

Da ist zum einen die Spaltung der Gesellschaft, die man doch eigentlich inklusiver machen will. Sprache ist etwas, was alle berührt – denn jeder benutzt sie tagtäglich, sie ist die Verbindung der Individuen untereinander. Durch Artikulation entsteht Gemeinschaft. Menschen, die weitgehend problemlos miteinander kommunizieren, einem ständigen Belehrungsdruck von oben auszusetzen, doch gefälligst ihre Kommunikation einer behaupteten Notwendigkeit anzupassen, um weiterhin akzeptable Glieder der Gesellschaft sein zu dürfen, geht tief ins persönliche und ruft zwangsläufig Widerstand hervor.

Und da ist zum anderen die – eben erwähnte – behauptete Notwendigkeit selbst. Die ist nämlich bislang tatsächlich nichts, als eine Behauptung. Was, wenn sich am Ende herausstellt, dass die Praxis, diskriminierungsfrei zu schreiben und zu sprechen, die wirklichen Ursachen von Diskriminierung lediglich verkleistert und damit deren Beseitigung eher verhindert als zu befördern? Viele Menschen spüren, dass das Gendern nichts mit ihrem Alltag zu tun hat, und sie verstehen den ironischen Vorschlag, den der Dramaturg Bernd Stegemann an das Kapital richtet: »Unterwirf dich den sprachsensiblen Forderungen, sodass die Aktivisten einen Triumph feiern, und nutze die Aufregung, um die Rendite zu steigern.«

Das sympathische an Ingo Meyers Text ist die Symbiose aus Deutlichkeit, Nachdenklichkeit und schöner Sprache. Als Beleg dafür möge einer der Schlussgedanken dienen: »Inklusiver Diskurs ist längst unter uns. Er ist überall dort, wo Menschen ihre Denkmuster hinterfragen, kreativ mit Sprache umgehen, subtil die Kontexte wandeln.« Lesens- und vor allen Dingen nachdenkenswert ist das allemal. *Uwe Schaarschmidt*

Der Essay erschien am 15. Mai 2021 in der »Berliner Zeitung«. Link zum Text: https://bit.ly/3tZU5NA

roter baum
Zuversichtlich in den Sommer.
FERIEN FAHRTEN
ZUM BEISPIEL:
Ferien am Quitzdorfer See
10 Tage: ab 134 Euro*
Ferien unterm Sternenhimmel
10 Tage: ab 159 Euro*
Tierische Freunde in Stolpen
8 oder 9 Tage, ab 161 Euro*
Tschechien – extra lang
14 Tage, 320 Euro
ALLE TERMINE UND ANMELDUNG UNTER:
roter-baum.de/ferienfahrten
* Alle Fahrten werden gefördert durch die Stadt Dresden, Nachlass mit Dresdenpass, zusätzlich Geschwisterrabatt möglich

VERANSTALTUNGSTIPP

Nichts dem Zufall überlassen

Der Markt soll es angeblich immer richten, dabei plant das Kapital selbst, was das Zeug hält. Mithilfe von Big Data, Algorithmen und Feedback-Technologien wollen die Plattform-Giganten Amazon, Google und Alibaba nichts mehr dem Zufall überlassen: Sie perfektionieren Logistik und Produktion und identifizieren Kundenwünsche, noch bevor sie ausgesprochen werden. Ließen sich die neuen Technologien nicht nutzen für eine Zukunft jenseits des digitalen Kapitalismus? Und wenn ja, wie? Höchste Zeit für eine neue Diskussion über Plan und Markt. Darüber wollen wir mit Co-Autor Timo Daum ins Gespräch kommen.

Vortrag von Timo Daum, 17. Juni, 17.30 Uhr, »Gärtjen«, zu erkennen am gelben Eingangstor und dem gelben Container-Haus, (Messering 1a, KGV »Ostragehege«, Eingang auf Ostseite)

1. MAI

Im Zeichen der Solidarität

Am 1. Mai zu Gast in Dresden: Die Parteivorsitzende Janine Wissler, hier mit den Dresdner Direktkandidatinnen Katja Kipping und Silvio Lang

Ein Maifest durfte es nicht sein – eine politische Kundgebung schon. Und so hatte sich der Stadtvorstand entschieden, am 1. Mai sichtbar zu sein: dort wo wir an diesem Tag immer sind, um mit Gleichgesinnten einen guten Tag zu verbringen, Gemeinsamkeit zu spüren, miteinander zu diskutieren, Musik zu lauschen, uns an der Fröhlichkeit der Kinder zu erfreuen. Das war der Plan – und das haben wir auch hinbekommen: mit Abstand Nähe zu demonstrieren. Nähe zu unseren Inhalten ebenso, wie zu denen, für die wir Politik machen. Allen, die dabei mitgeholfen haben, ein herzliches Dankeschön! Und im nächsten Jahr wird es dann hoffentlich wieder ein richtiges Fest sein dürfen: Mit Bier, ohne Abstand und mit der einzigen Angst, die wir immer haben: der Angst vor schlechtem Wetter.

Uwe Schaarschmidt

Das Virus trifft nicht alle gleich

Sabine Nuss über den deutlich wahrnehmbaren Klassencharakter der Pandemiebewältigung

Zu Hause bleiben. Für viele Menschen ein Zwang, der neu war, dem jedoch manche Menschen permanent ausgesetzt sind, weil ihnen für Amüsement das Geld fehlt

Ende April 2021 geriet Köln in die Schlagzeilen. Unter den 14 größten Städten Deutschlands verzeichnete die einwohnerreichste Stadt Nordrhein-Westfalens mit 240 die höchste Sieben-Tage-Inzidenz. Die Inzidenzen verteilten sich dabei auf die Bezirke der Stadt nach sozialer Ungleichheit: Die reichen Bezirke Köln Fühlingen und Hahnwald hatten Null Inzidenz, das sozial benachteiligte Viertel Köln Libur 700.

Dass es einen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Corona gibt war in Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt nur Wenigen bewusst. Es ist mehr als überraschend, dass Politik und Behörden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – diesen Zusammenhang so spät realisierten. In der Forschung ist jenseits jeder Pandemie belegt: Arme haben eine kürzere Lebenserwartung und tragen ein größeres Risiko für spezifische Krankheiten, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, chronische Bronchitis, Lungenkrebs (bei Männern), Adipositas. Faktoren, die für einen schweren Krankheitsverlauf bei Corona anfälliger machen. Darüber hinaus ist auch das Infektionsrisiko höher, da in sozial benachteiligten Regionen häufiger in beengten Wohnverhältnissen gelebt werden muss und Geringverdienende oft an Orten mit hoher Begegnungsdichte arbeiten, vom Arbeitsweg im vollbesetzten ÖPNV ganz abgesehen.

Arme fallen durch das Raster

So ist es kein Wunder, dass laut Robert Koch Institut im Dezember und Januar die Covid-19-Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozent höher lag als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung. Aber nicht nur gesundheitliche Ungleichheit verschärft sich in der Corona-Krise, sondern auch die materielle Ungleichheit. Ausgerechnet jene, die am wenigsten Geld zum Leben haben, tragen laut Hans Böckler Stiftung die größten Einkommenseinbußen: Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Soloselbstständige und Zuwander:innen. Auch Bildungschancen sind noch ungleicher verteilt in der Pandemie: Geringverdienende und Transferempfänger:nnen haben häufig keinen ausreichenden Zugang zu digitalen Medien die für Home Schooling gebraucht werden. Darüber hinaus fallen Hilfsangebote

Schlagendes Beispiel ist die Kurzarbeit

weg (Jugendhilfe). Die sozial vollständig Ausgegrenzten, wie Obdachlose, Menschen ohne Aufenthaltsstatus, etc. fallen ganz durchs Raster.

Die staatlichen Corona-Hilfen sind darauf fokussiert, dass Unternehmen über die Pandemie hinweg gerettet werden. Schlagendes Beispiel dafür ist die Kurzarbeit. Während die Unternehmen damit entlastet werden, geht dies auf Kosten der Beschäftigten, die Gehaltseinbußen hinnehmen müssen. Die vielen Soloselbständigen werden mit nur geringen Beträgen abgespeist, müssen dafür aber enorme bürokratische Hürden und hohe Auflagen erfüllen. Menschen, die von Transferzahlungen abhängig sind, erhalten nur eine ganz geringe zusätzliche Unterstützung. Die Auswirkungen der Pandemie wie die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und Bewältigung tragen einen deutlichen Klassencharakter. Angesichts dessen, dass dies weder im Bewusstsein der Öffentlichkeit, geschweige dem der Bundesregierung präsent ist, bleibt es der progressiven Linken vorbehalten, immer wieder darauf hin zu weisen und das Verhältnis sichtbar zu machen.

Zur Autorin

Sabine Nuss hat eine Ausbildung zur Journalistin absolviert, studierte Politikwissenschaften in Berlin und promovierte zum Thema Eigentum im digitalen Kapitalismus. Sie ist Geschäftsführerin des Dietz Verlags Berlin und Autorin zahlreicher Bücher und Zeitungsartikel.

Neuste Bücher

- **Keine Enteignung ist auch keine Lösung.** Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums. Dietz Berlin, 2019
- **Die unsichtbare Hand des Plans**. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus. Dietz Berlin, 2021 (hrsg. mit Timo Daum)

Seit 27 Jahren veranstaltet der Jugendverein »Roter Baum« Jugendweihen in Dresden

Jungen Menschen Gutes tun

Das Projekt Jugendweihe beim »Roten Baum« braucht genau Dich

Du willst die Welt besser, das heißt gerechter, sozialer, lebenswerter machen? Du weißt, dass der Weg dahin möglich, aber nicht einfach ist?- Du bist Dir darüber im Klaren, dass Du das nicht alleine schaffen kannst? Du bist begeisterungsfähig und kannst mit dieser Begeisterung auch andere anstecken? Dann werde doch Betreuer:in im Jugendweihprojekt beim »Roten Baum«!

Jugendweihe ist ein Initiationsritual bei dem Jugendliche im Alter von 13 oder 14 Jahren in die Welt der Erwachsenen eingeführt werden. Die Jugendlichen kommen aus unterschiedlichen Verhältnissen aus und um Dresden. In einem knappen Jahr bereiten sich die TeilnehmerInnen gemeinsam mit ihren BetreuerInnen auf das Erwachsenenleben vor. Dabei geht es um vielfältige Themen aus Geschichte, Politik, Wissenschaft, Sport, Kultur, Natur ... Natürlich kommt auch der Spaß und das Abenteuer nicht zu kurz !

In diesem Jahr fand leider Vieles nur digital statt. Dennoch war es eine spannende und inspirierende Zeit. Jugendliche sind vielseitig interessiert. Sie wollen die Welt verändern und haben viele coole Ideen. Oft brauchen sie nur einen kleinen Anstoß und schon können sie Unglaubliches leisten. Den Anstoß geben wir. Nur ein kleines Beispiel: Im kommenden Petitionsausschuss des Stadtrates werden drei unserer Jugendlichen dieses Jahrgangs eine Petition vorstellen. In dieser geht es darum, die hilfsbedürftigen Menschen nicht allein zu lassen.

Rica Gottwald

■ Falls Du mehr wissen willst, wende Dich an mich: Rica Gottwald (rica.gottwald@freenet.de; Telefon: 0174/3362889)

MODELL GESAMTSCHULE

DIE LINKE beteiligt sich an Workshop

Der Zeitpunkt des Notierens dieser Zeilen liegt deutlich vor Erscheinen der Zeitung. Folglich werden wir dann schon auf den Online-Workshop am 2. Juni 2021 zurück blicken, den die AG Bildung Dresden maßgeblich gestaltet haben wird und bereits Kenntnis darüber besitzen, wie die Veranstaltung »Schule – ohne frühzeitige Selektion, dafür mit geeigneter Förderung« gelungen ist.

Die Diskussionsteilnehmer haben viel Erfahrung im Gepäck: Mit Anja Apel, unserer Stadträtin der Linken im Bildungsausschuss, beteiligt sich eine Lehrerin der Freien Alternativschule Dresden an der Diskussion. Und mit Frau Kerstin Reetz-Schulz hat die Laborschule Dresden eine Fürsprecherin für ein progressives Schulmodell. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied im »Länger gemeinsam Lernen« e. V. Das neueste Schulmodell in Dresden, die Universitätsschule, wird von Frau Professor Anke Langner von der TU Dresden vorgestellt. Professor Wieland Kiess, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin am Universitätsklinikum Leipzig, ergänzt die Gesprächsrunde und wird bestimmt darauf eingehen, dass Schule gesund für Kinder ist, Armut jedoch krank macht. Mitmoderieren wird Luise Neuhaus-Wartenberg, die bildungspolitische Sprecherin der sächsischen Landtagsfraktion der Linken.

Der Wind weht deutlich in Richtung Gemeinschaftsschule, für die wir viele Unterschriften gesammelt haben, auch wenn Sachsen dieser Schulform mit großen Hürden begegnen will! Nebenan in Thüringen gibt es schon mehr als 50 solcher Schulen.

Ingrid Körner

Cuba Si sagt Danke!

Auch in der Corona – Pandemie muss die solidarische Hilfe für Cuba weitergehen. Trotz Pandemie bedingter Bedenken entschied sich unsere AG Cuba Si zur Teilnehme an der 1. Mai Veranstaltung der Partei DIE LINKE auf dem Albaunplatz. Es war ein voller Erfolg. Viele Besucher interessierten sich für das an unserem Stand ausgelegte Informationsmaterial. Es gab zahlreiche Gespräche über persönlichen Erlebnisse in Kuba und über dessen aktueller Entwicklung. Dabei wurden die Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung aber auch eingeleitete neue Wege zur Lösung der aktuellen Schwierigkeiten besprochen.

Immer wieder wurde die Forderung zur Aufhebung der 60 Jahre USA – Blockade auch mit Hilfe der Initiative »Unblock Cuba« unterstützt. Leider sieht es zur Zeit nicht so aus, das die USA diesen Wirtschaftskrieg gegen Kuba demnächst beenden wird. Somit sollten sich auch weiterhin viele Kuba-Freunde an Petitionen gegen die USA Blockade beteiligen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den zahlreichen Spendern und für die 110 Euro Spenden, die dem Gesundheitswesen in Kuba zu gute kommen werden. Abschließend auch unseren Dank an die Organisatoren der interessanten und friedlich verlaufenen Maiveranstaltung.

Viele Grüße, Marlies und Andreas

■ Der nächste Sammeltermin ist der 2. September. Spenden können nach Absprache mit der Geschäftsstelle im »Haus der Begegnung« abgegeben werden.

JUNI/JULI

Termine und Veranstaltungen

Dies ist eine Auswahl. Eine Übersicht über alle Termine gibt's auf unserer neuen Homepage: www.dielinke-dresden.de

Online-Treffen Pieschen
■ **8. Juni, 19 Uhr, Zugangsdaten auf Anfrage über pieschen@dielinke-dresden.de**

Mitgliederversammlung mit Sarah Buddeberg
■ **9. Juni, 18 Uhr, digital, Link wird per Mitgliederinfo versandt**

Fraktion vor Ort – Bannertour der Bundestagsfraktion
■ **10. Juni, 10 bis 11.30 Uhr, Fritz-Foerster-Platz und 14.30 bis 16 Uhr, Wilsdruffer Straße/Kulturpalast**

Treffen der AG Ökologie
■ **15. Juni, 18 Uhr. Meldet Euch, wenn ihr teilnehmen wollt. Ihr erhaltet dann einen Zugangslink.**

Politische Monster und der grüne Sozialismus
■ **16. Juni, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bitte anmelden unter: www.sachsen.rosalux.de**

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Neustadt
■ **18. Juni, 19 Uhr, digital, Link wird per Mitgliederinfo versandt**

Infostand der Stadtratsfraktion mit Katja Kipping am Lingnermarkt in Dresden
■ **18. Juni, 11.30 bis 13 Uhr Lennéstraße/Helmut-Schön-Allee**

Handlungs- und Argumentationstraining gegen Rechts
■ **19. Juni, 11 bis 18 Uhr, Gärtjen, Messering 1, Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Blutspende im Saal mit dem DRK
■ **22. Juni, 15 bis 19 Uhr, Haus der Begegnung, Großenhainer Straße 93**

Staat(stheorie) für alle!
■ **23. Juni, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bitte anmelden unter: www.sachsen.rosalux.de**

Sitzung des Stadtvorstandes
■ **24. Juni, 18 Uhr, digital, Link wird per Mitgliederinfo versandt**

»Sicher leben in der Stadt« – Im Gespräch mit Heiko Rosenthal, (Ordnungsbürgermeister in Leipzig) und Kris Kaufmann, (Sozialbürgermeisterin in Dresden)
■ **28. Juni, 17 Uhr, Albert-Wolf-Platz, Dresden-Prohlis mit Katja Kipping 19 Uhr Amalie-Dietrich-Platz, Dresden-Gorbitz mit Silvio Lang**

Machtspieler – Fußball in Propaganda, Krieg und Revolution
■ **30. Juni, 19 Uhr, Gärtjen, Messering 1, 01067 Dresden. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bitte anmelden unter: www.sachsen.rosalux.de**

Gerechtigkeits-Tour der Landtagsfraktion und der Landesgruppe Sachsen im Bundestag der LINKEN (mit musikalischer Begleitung)
■ **30. Juni, 11 bis 14 Uhr, Jorge-Gomondai-Platz und 16 bis 19 Uhr, Dr. Külz-Ring/ Altmarktgalerie**

Sitzung des Stadtvorstandes
■ **15. Juli, 18 Uhr, digital, Link wird per Mitgliederinfo versandt**

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Neustadt
■ **16. Juli, 19 Uhr, digital, Link wird per Mitgliederinfo versandt**

Hinweis

- **Weitere Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung** finden auch Online statt. Bitte informiert Euch darüber und über die Zugangs-Links unter: www.sachsen.rosalux.de
- **Veranstaltungen des Stadtverbandes:** Sobald es die Infektionslage und die entsprechenden Infektionsschutzregeln zulassen, finden Veranstaltungen ggf. wieder in Präsenz statt. Wir informieren darüber sowohl auf der Website, als auch im Newsletter/ Mitgliederinfo.

Blick auf den Neubau von der Zeithainer Straße

Mehr Fläche für Begegnung

Der Erweiterungsbau am »Haus der Begegnung« zeigt nun deutlich seine Konturen

Es entwickelt sich. In diesem Falle nicht das Flugwesen, aber das Baugeschehen am Haus der Begegnung. Zur Erinnerung: Der Jugendverein Roter Baum ist durch seine vielfältigen Projekte räumlich an seine Grenzen gestoßen. Projekte haben Mitarbeiter:innen und ehrenamtliche Helfer:innen, die Büroraum, Beratungsraum und Lagerraum benötigen. Das Jugendhaus brauchte auch dringend erweiterte Platzkapazität. Hinzu kam, dass das alte Heizhaus baulich kaum noch zu retten war. Über die Finanzierung des Ganzen wurde hier schon berichtet. Seit dem Baubeginn im September 2020 hat sich nun einiges getan – leider auch mit Verzögerungen, die mit dem gegenwärtigen Bauboom, aber auch pandemiebedingten Materialengpässen zu tun haben – ein recht nasser, kalter Winter kam hinzu. Nun ist aber sichtbar, was bislang nur zu erahnen war – der Rohbau ist fast fertig und wir freuen uns auf die endgültige Übergabe, die auch dem Hof und dem Biergarten des Zeitgeist wieder ein hübsches, grünes Gesicht geben wird.

Jacqueline Muth

NACHRUF

Wir trauern um Dr. Frank Urban

Am 16. April ist unser langjähriger Genosse, Dr. Frank Urban, im Alter von 66 Jahren verstorben. Der Stadtverband verliert einen rührigen und hilfsbereiten Genossen, der viele Jahre als Vorsitzender des Ortsverbandes Blasewitz, im Ortsbeirat Blasewitz und bis zu seinem frühen Tod auch als Schatzmeister des Fördervereins »Haus der Begegnung« e.V. ehrenamtlich tätig war. Er wird uns fehlen.

Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden
Vorstand »Haus der Begegnung« e. V.
Stadtbezirksvorstand DIE LINKE Dresden Blasewitz
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMO-, BI-, INTER- UND TRANSPHOBIE

Gedanken zum IDAHIT

»In einer heteronormativen Gesellschaft gelten Heterosexualität, Monogamie und Cis-Geschlechtlichkeit als die Norm. Wer anders ist wird unsichtbar gemacht, diskriminiert, verfolgt, kriminalisiert und gefoltert. So wollen und können wir nicht leben. Wir streiten für eine Welt, in der alle lieben können, wen und wie viele sie wollen.«
Leo Lentz

»Wir stehen an der Seite von LGBTIQ* weltweit. Wenn in Polen LGBTIQ*freie Zonen errichtet, in Ungarn Transpersonen alle Rechte genommen, und in der Türkei Homosexuelle auf offener Straße ermordet werden, können und dürfen wir nicht schweigen. Wir wollen keine LGBTIQ*freien Zonen, wir wollen LGBTIQ*Freedom Zones.«
Florian Berndt

»Vor vier Jahren habe ich mit der Linksjugend vorm Rathaus die Regenbogenfahne gehisst. Oberbürgermeister Hilbert weigerte sich, das zu tun. Seit letztem Jahr ist zum IDAHIT endlich die Fahne am Rathaus zu sehen. Das haben wir mit einer Mehrheit im Stadtrat erreicht. Denn queeres Leben muss sichtbar werden – in Dresden, Sachsen und weltweit.«
Christopher Colditz

Sichtbar machen durch sichtbar sein – nicht nur an einem Tag im Jahr.

»Seid solidarisch, seid Allies. Nutz deine Privilegien, um andere zu unterstützen. Hör zu, wenn andere von ihren Erfahrungen sprechen. Mach dir deine Vorurteile bewusst und vermeide sie. Misch dich ein, bei homo- oder transfeindlichen Äußerungen. Menschen mit Diskriminierungserfahrungen brauchen kein Mitleid, sondern Allies.«
Annina Hermes

Ein langer Weg zur Einsicht

Das Bundesverwaltungsgericht hält das BAföG in seiner jetzigen Form für nicht existenzsichernd und deshalb für verfassungswidrig

Auch Studierende haben ein Recht auf ein Leben ohne Existenzangst

Was DIE LINKE auf Bundesebene, aber allen voran auch die Studierendenvertretungen seit Jahren kritisieren, ist nun auch Meinung des Bundesverwaltungsgerichts: Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist nicht existenzsichernd!

Damit kassierte die Bundesregierung eine gehörige Klatsche. Grund für die Entscheidung ist, dass – neben einer ausbleibenden, aber dringend notwendigen grundlegenden Reformierung –weder die studentischen Bedarfe ausreichend ermittelt noch das Berechnungsverfahren genügend transparent gemacht wurden. Geklagt hatte eine Studierende, die die Berechnung der BAföG-Sätze im Zeitraum Oktober 2014 bis Februar 2015 für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar hielt.

Keine zeitnahe Ermittlung der Bedarfe

Die Richter:innen sahen in dem konkreten Fall einen Verstoß gegen das aus dem Grundgesetz abgeleitete Teilhaberecht und nannten für ihren Beschluss im Wesentlichen zwei Gründe. Einerseits betrachten sie es als unklar welche Anteile des BAföG den Lebensunterhalt und welche die Ausbildungskosten abdecken sollen. Andererseits fehle es an der gebotenen zeitnahen Ermittlung studentischer Bedarfe. Denn der BAföG-Satz im Wintersemester 2014/15 basierte auf einer Erhebung von 2006. Das Bundesverwaltungsgericht kann die Verfassungswidrigkeit zwar nicht feststellen, hat die Sache nun allerdings dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Wenn dieses dem Beschluss folgt, muss die Reformierung des BAföGs voraussichtlich weit oben auf der To-do-Liste einer nächsten Bundesregierung stehen.

Das Verfahren wurde von Bundes-, Landes- und lokalen Studierendenvertretungen begleitet. Sie waren sowohl mit einer Kundgebung vor dem Gericht als auch als Beobachter:innen im Gerichtssaal vor Ort. Die Aktion fand im Zuge einer bundesweiten Kampagne »50 Jahre BAföG – (k)ein Grund zum Feiern« (www.bafoeg50.de) statt, mit der die Bündnispartner:innen – darunter auch die Linksjugend – auf die vielen Probleme des BAföG und ihren Lösungsvorschlägen aufmerksam machten. Denn neben den durch das Gericht bestätigten zu niedrigen Bedarfssätze bekommen mittlerweile auch nur noch elf Prozent der Studierenden die Ausbildungsförderung und müssen dabei – anders als bei der Einführung – die Hälfte des Geldes zurückzahlen.

DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Reformierung des BAföGs ein.

Progressive Mehrheit erforderlich

Auch DIE LINKE setzt sich natürlich für eine umfassende Reformierung des BAföGs ein. Im Entwurf des Wahlprogramms wird ein rückzahlungsfreies, bedarfsgerechtes BAföG vorgeschlagen, das regelmäßig und automatisch angepasst wird. Altersgrenzen sollen abgeschafft und die Bezugsdauer an der realen durchschnittlichen Studiendauer bemessen werden. Eine Kopplung an Leistungsüberprüfungen wird abgelehnt und Förderungslücken, wie bei Menschen mit einem bestimmten Aufenthaltsstatus, sollen geschlossen werden. Damit sind unsere Forderungen am nächsten an denen der betroffenen Studierenden und wir vertreten ihre Interessen beim Thema Studienfinanzierung am besten.

Mit diesem Beschluss liefert das Bundesverwaltungsgericht nun noch einen weiteren der zahlreichen Gründe, warum es zur nächsten Bundestagswahl, vor allem im Sinne junger Menschen, unbedingt eine progressive Mehrheit braucht. *Paul Senf*

Alternativen zur Braunkohle sind machbar und dringend geboten

Menschen in den Klimaschutz einbinden

Für die notwendigen Veränderungen in der Energiepolitik müssen akzeptable Perspektiven geboten werden

Am 29. April 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens für verfassungsrechtlich verbindlich. Die grundrechtliche Freiheit und das Staatsziel Umweltschutz verpflichteten den Gesetzgeber, einen vorausschauenden Plan zu entwickeln, um mit den noch möglichen Restemissionen sorgsam umzugehen. Das sei nicht gewährleistet, wenn keinerlei konkrete Planung für die Zeit nach 2030 stattfinde und überdies nach der bisherigen Klimapolitik fast das gesamte Budget bis 2030 aufgebraucht sein werde.

Nach einem neuen Entwurf soll nun bis 2030 der Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Bisher betrug die Vorgabe 55 Prozent. Außerdem soll Deutschland schon 2045 statt 2050 klimaneutral sein, also praktisch überhaupt kein CO_2 mehr in die Atmosphäre blasen.

Bereits im Sommer 2020 trat Cornelia Ernst (MdEP) während der Verhandlungen zum EU-Klimagesetz für eine Emissionsminderung von 65 Prozent bis 2030 ein. Damals hatten sich Christdemokrat:innen und Sozialdemokrat:innen im Europaparlament noch mit Händen und Füßen gegen diese Forderung gewehrt. Nun ist klar, dass schon lange vor 2030 mit dem Kohleabbau Schluss sein muss. Deshalb brauchen wir jetzt dringend Investitionen. Doch die werden Sachsen von der Bundesregierung bisher vorenthalten. Die Bundesregierung will zwar EU-Mittel aus dem Just Transition Fonds (JTF) zur Erfüllung der Zusagen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen (StStG) einsetzen. Die LINKE im EP fordert dagegen, dass die diese EU-Hilfen für den Kohleausstieg zusätzlich neben den nationalen Maßnahmen umzusetzen sind. Dies sieht auch die EU-Kommission so.

Es ist klar, dass lange vor 2030 mit dem Kohleabbau Schluss sein muss.

Beschäftigungschancen erkennen

Aufgrund seiner Geschichte verfügt Sachsen über eine große Zahl qualifizierter Beschäftigter in technischen Berufen, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien herangezogen werden können, so bei Herstellung, Installation, Wartung und Betrieb von Windanlagen. Der Betrieb von Windanlagen an Land erfordert im Schnitt 559 Arbeitsplätze pro GW. Neue Braunkohlekraftwerke benötigen hingegen 250 Beschäftigte pro GW. Die Menschen in der Region sollen die Veränderung aktiv gestalten und mitbestimmen können, so wie bei der Lausitzer Energiegenossenschaft »NaturEnergie«. Sie hat sich von der Braunkohle unabhängig gemacht und vergesellschaftet den Strom. Ein Paradebeispiel von Bürger:innenbeteiligung.

Stephen Schindler, Mitarbeiter MdEP Cornelia Ernst

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Anne Holowenko, Katja Kipping, Sabine Nuss, Uwe Schaarschmidt, Ingrid Körner, Dr. Cornelia Ernst, Rica Gottwald, Andreas Grünzig, Paul Senf, Christopher Colditz, Anina Hermes, Leo Lentz, Florian Berndt, Jaqueline Muth

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Andrew Tarsukoff/pixabay (2), Martin Jäger/pixelio (2), Rainer Sturm/pixelio (3), Winfried Sixel/pixelio (4), Kirsten Breustedt (4), Dietz Berlin (3), Linksjugend Dresden (7), Erich Westendarp/pixelio (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
25. Mai 2021
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 29. Juli 2021

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Zu hoch und zu nah dran

Von der Illusion der Unendlichkeit und ihrer Bewahrung. Ein kurzer Einblick in die Bebauungsgeschichte rund um den Dresdner Zwinger

Blick zum Wallpavillon des Zwingers. Das rote Rechteck markiert eine Höhe von 30 Metern – acht Meter höher als das rote Gebäude daneben

Im Barock blieb nichts dem Zufall überlassen. Als der Dresdner Zwinger ab 1709 als Gesamtkunstwerk aus Architektur, Bildhauerei und Gartengestaltung errichtet wurde, hatten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) und Isaac Newton (1643–1727) mit ihren mathematischen und physikalischen Entdeckungen die Berechenbarkeit der Welt gezeigt und den Grundstein unseres heutigen naturwissenschaftlichen Verständnisses gelegt. Selbst Johann Sebastian Bach (1685–1750) komponierte seine Fugen streng nach Zahlenfolgen. Das barocke Menuett folgt einer genau konstruierten Choreografie aus Kreisen, Quadraten und Dreiecken. Parks wurden nach strikten geometrischen Regeln gestaltet und selbst Bäume und Hecken zurechtgestutzt.

Der prächtige Festplatz Augusts des Starken wurde in der Wallanlage angelegt. Vollendet wurde der Zwinger allerdings erst anderthalb Jahrhunderte später mit Gottfried Sempers Galeriegebäude. Ursprünglich war geplant, den Zwinger bis zur Elbe fortzusetzen und auch Richtung Nordwesten an der Elbe eine Parkanlage folgen zu lassen, die dem barocken Ideal als Garten Eden unendlich scheinen sollte. Der Zwinger hatte also eine städtische Seite, nämlich hinter dem Glockenpavillon, wo die Stadt mit dem Stadtschloss, dem Taschenbergpalais und der Sophienkirche schon immer in den Zwinger hineinschaute und eine ausgeprägt ländliche Seite, nämlich hinter dem Wallpavillon, dessen Bäume einen grünen Abschluss bildeten, wodurch sich diese Seite bewusst von der Stadt absetzte.

Genau in diese ländliche Seite wollte es dem Freistaat Sachsen gefallen, einen Hochpunkt zu setzen, einen etwas über 30 Meter hohen Hochhausteil, der wie eine geometrische Überprüfung ergab, dem Wallpavillon quasi als Fotobombe über die Schulter gegrinst hätte. Zwar ist die ländliche Seite des Zwingers heute nicht mehr ganz frei von Bebauung, immerhin sind hinter den Bäumen die Yenidze und das SZ-Hochhaus wahrnehmbar, allerdings stehen die in respektvollen Abstand und verschmelzen anders als das geplante Hochhaus es getan hätte nicht mit der Silhouette des Wallpavillons. Merkwürdigerweise beschränkte sich der vor einem Jahrzehnt beschlossene Masterplan auf 23 Meter und damit auf ein nicht störendes Maß. Im Detail kam noch hinzu, dass auch Haustechnikaufbauten auf den Dächern zugelassen werden sollten.

Ländlich geprägte Seite des Zwingers mit freistehendem Wallpavillon

Die Verzögerung und Umplanung wäre vermeidbar gewesen.

DIE LINKE reagierte im Bauausschuss mit einem Antrag, die Höhe zu begrenzen. Außerdem sollte das Landesamt für Denkmalpflege um eine Stellungnahme gebeten werden. Die lag bereits vor – und war vernichtend. In Folge des Druckes aus dem Bauausschuss und dem Landesamt für Denkmalpflege wurden die Höhen reduziert. Damit bleibt der barocke Wallpavillon ungestört erlebbar. Wie sich herausstellte, hatte der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement bei dem zugrundeliegenden Wettbewerbsverfahren für das Verwaltungsgebäude die Denkmalpflege nicht hinzugezogen. Ergebnis waren nun mehrmonatige Verzögerungen und die Umplanung des Projektes, vermeidbar, hätte man gleich miteinander geredet. *Tilo Wirtz*

MOBILITÄT

Radverkehr sicher gestalten!

Die Anzahl an Wegen, die in Dresden mit dem Rad zurückgelegt werden, hat laut ADFC im letzten Jahr weiter zugenommen. Dies sei neben der Corona-Pandemie auch auf verbesserte Rahmenbedingungen für Radfahrende zurückzuführen. Maßnahmen wie die kürzlich eingeführte »Grünen Welle« zwischen Pirnaischem Platz und Postplatz sollen die Attraktivität des Radverkehrs weiter erhöhen.

Die Idee ist denkbar einfach: Wer mit einer Geschwindigkeit von 17 bis 20 Stundenkilometern entlang der Wilsdruffer Straße fährt, hat die Möglichkeit, die nächsten zwei Ampeln am Altmarkt sowie an der Zufahrt Schloßstraße ohne zusätzlichen Halt zu passieren. In der Gegenrichtung soll die Grüne Welle immerhin bei jedem zweiten Ampeldurchlauf funktionieren. Die Maßnahme ist Teil des Verkehrsmanagement-Projektes VAMOS, das gemeinsam mit der TU Dresden entwickelt wurde. Mit 10.000 Euro Planungs- und Umsetzungskosten ist das Projekt relativ preisgünstig, zumal 50 Prozent davon vom Bund gefördert wurden. So einfach und effektiv solche Maßnahmen zur Erhöhung der Geschwindigkeit auch sind, der Schlüssel für die Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs liegt aus linker Sicht in der Verbesserung der Sicherheit für Radfahrende. Maßnahmen wie die verpflichtende Einführung des Abbiegeassistenten für LKW und die Investition in baulich getrennte Radwege sowie gut sichtbare Fahrbahnmarkierungen sind unabdingbar. Ein Dreiklang aus kontinuierlichem Ausbau der Infrastruktur, verkehrsrechtlichen Reformen sowie der konsequenten Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen durch ergänzende Maßnahmen ist nötig um den Anteil des Radverkehrs weiter zu steigern.

Eine Kunst: Radverkehr sicher gestalten ohne die Belange anderer Verkehrsteilnehmer:innen zu vernachlässigen

Eine gute Fahrradpolitik muss immer auch sozial sein, was in Dresden unter anderem durch die kostengünstige Bereitstellung von Fahrrädern an den MOBI-Punkten der Dresdner Verkehrsbetriebe umgesetzt wurde. Unsere Aufgabe als LINKE ist es wiederum auch, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Belange der Fußgänger:innen, wie das Einrichten weiterer Zebrastreifen, barrierefreier Fußwege und einer klaren Abgrenzung zwischen Fuß- und Radweg, nicht vergessen werden. *Anne Holowenko*

CORONA-AUSWIRKUNGEN

Stromsperren verbieten!

Im Jahr 2019 wurden laut einer Anfrage an den Oberbürgermeister 2193 Stromzähler, 21 Gaszähler und elf Wasserzähler in Dresden gesperrt. Der Hauptgrund für die meisten Sperren ist der Zahlungsrückstand. 2020 waren es insgesamt 2004 Stromzähler, 19 Gaszähler und 19 Wasserzähler, die in Dresdner Privathaushalten abgeschaltet wurden. Gerade in der Zeit der Corona-Pandemie sind viele Menschen in den eigenen vier Wänden geblieben und haben von Zuhause aus gearbeitet und die Kinder während des Unterrichts Zuhause betreut – der Stromverbrauch erhöhte sich zum Teil deutlich. Zum anderen sind vielen Menschen, gerade Selbstständigen, die Einnahmen weggebrochen, so dass schlichtweg das Geld fehlt, um die Rechnungen rechtzeitig zu begleichen. Augenscheinlich sind die Zahlen zwischen 2019 und 2020 zurückgegangen. Vermutlich auch, weil die Stromsperren während des Lockdowns (Mitte März bis Juni 2020 und im Dezember 2020) ausgesetzt wurden.

Vorteilhaft ist sicher, dass Dresdens größter Stromanbieter SachsenEnergie (vormals Drewag und Enso) sich vollständig in kommunaler Hand befindet. Dieser ist sicher eher als anderer Anbieter darum bemüht, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam eine Lösung zu finden, anstatt den Menschen Strom, Wasser und Gas sofort abzuschalten.

Klar ist: Die Energieversorgung ist Teil des menschenwürdigen Existenzminimums, so hat es auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Deshalb ergibt sich auch für uns als LINKE die Forderung, dass Strom- und Wassersperren dauerhaft ausgesetzt werden müssen. Niemand und schon gar nicht Familien mit Kindern sollten je in einer dunklen Wohnung sitzen müssen.

Christopher Colditz

Menschen in der Krise unterstützen – und nicht den Saft abdrehen!

GLEICHSTELLUNG

Regenbogenfahne am Rathaus

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat wurde dieses Jahr am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit, zum ersten Mal die Regenbogenflagge am Rathaus gehisst. Am 17. Mai 1990 wurde Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel für Krankheiten gestrichen – seit vielen Jahren wird an diesem Tag auf die anhaltende Diskriminierung, Ausgrenzung und Kriminalisierung von queerem Leben aufmerksam gemacht. Gerade in Zeiten der Pandemie, in der Veranstaltungen und Demonstrationen nicht wie gewohnt stattfinden können, ist das Hissen der Flagge für die Sichtbarkeit von queeren Personen noch wichtiger. *Leo Lentz*

Sozial aus der Krise

Die Fraktion DIE LINKE startet im Juni eine Veranstaltungsreihe, um mit Dresdner:innen über ihre Erfahrungen rund um die Corona-Pandemie ins Gespräch zu kommen

Gemeinsam aus der Krise – berichten Sie uns von Ihren Erfahrungen während der Corona-Pandemie!

Noch immer begleiten uns die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen. Die soziale Betroffenheit durch all diese Veränderung ist für die Menschen höchst unterschiedlich. Das wird immer deutlicher sichtbar. Und es zeichnet sich ab, dass die Folgen der Krise für Viele noch lange zu spüren sein werden, auch wenn durch Impfungen und sinkende Inzidenzen Öffnungsschritte erfolgen. Denn über ein Jahr mit Kontaktbeschränkungen zurechtzukommen, die Anforderung, Schulstoff zu Hause zu vermitteln, Hilfe von Außerhalb bei der Pflege von Angehörigen auf ein Minimum zu reduzieren oder die Unsicherheit zu ertragen, wie es mit dem eigenen Job weitergeht, zehrt an den Kräften und das schon seit über einem Jahr.

Doch was genau brauchen die Menschen nun von der Kommunalpolitik? Welche Angebote müssen neu geschaffen, verändert oder ergänzt werden? Diese Fragen treiben uns schon länger um, und so entstand bei einem Gespräch über aktuelle sozialpolitische Ziele am Tisch von Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann mit Magnus Hecht, Leo Lentz, Christopher Colditz und mir die Idee, die Menschen direkt darauf anzusprechen. Aus dieser Idee heraus haben wir eine Veranstaltungsreihe entwickelt, mit der wir gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach in verschiedenen Stadtteilen

Was genau brauchen die Menschen von der Kommunalpolitik?

mit den Bewohner:innen über deren Erfahrungen, Probleme und den persönlichen Umgang mit der Krise ins Gespräch kommen wollen.

Wir laden die Bewohner:innen dazu ein, uns ihre Erfahrungen zu schildern. Diese Zuschriften besprechen wir in den Veranstaltungen mit Vertreter:innen der Stadtratsfraktion, der jeweiligen Stadtbezirksbeiräte und Vertreter:innen lokaler sozialer Einrichtungen. Die einzelnen Erfahrungen von Bürger:innen stehen im Mittelpunkt. Im Anschluss werden wir herausarbeiten, welche kommunalpolitischen Ansätze wir daraus ableiten können. Alle Veranstaltungen senden wir live und es gibt die Möglichkeit, sich in das Gespräch im Chat einzubringen. *Pia Barkow*

Termine

- **Mi, 2.Juni**, 19 Uhr, Pieschen (mit André Schollbach und Pia Barkow)
- **Do, 24.Juni**, 13 Uhr, Neustadt (mit Dr. Kris Kaufmann, André Schollbach, Magnus Hecht und Leo Lentz)
- **Mo, 5. Juli**, 13 Uhr, Altstadt (mit André Schollbach und Christopher Colditz)
- **Di, 6. Juli**, 10 Uhr, Prohlis (mit André Schollbach und Leo Lentz)
- **Di, 13. Juli**, 19 Uhr, Gorbitz (mit Dr. Kris Kaufmann, André Schollbach und Pia Barkow)

Schalten Sie ein – online unter https://gleft.de/4eY

Plötzlich ein Plus von 109 Millionen

Der Jahresabschluss von 2020 ist deutlich positiver ausgefallen als erwartet. Die Haushaltssperre und die ganzen Sparmaßnahmen hätte sich die Stadt sparen können, sagt Stadtrat *Tilo Kießling*

Mit einer besseren Prognosefähigkeit der Verwaltung hätte man auf die Haushaltssperre verzichten können

Eigentlich ist diese Geschichte unglaublich. Als wir während der Haushaltsverhandlungen hart miteinander darüber diskutiert haben, was man tun kann, um pandemiebedingte Kürzungen möglichst zu vermeiden, war allen klar, dass wir hart an die Grenze des Zumutbaren gehen müssten. Nach einem Jahr 2020, in dem unsere Fraktion wieder und wieder gegen die Haushaltssperre argumentiert hat – und mit vollkommen unklaren finanzpolitischen Zukunftsaussichten – hatten wir uns dann entschieden, mit zwei Schritten den Ausgleich zwischen den eigentlich bescheidenen Wünschen des Stadtrates und den prognostizierten finanziellen Verlusten zu finden. Einmal mit einer harten Vorgabe an die Verwaltung, 77 Millionen Euro Einsparungspotenzial zu finden, zum anderen mit der Kreditfinanzierung des Heinz-Steyer-Stadions – noch einmal knapp 30 Millionen Euro.

Beides waren Schritte, die den beteiligten Fraktionen viel abverlangten. Kürzungsvorgaben für die Verwaltung stoßen links der Mitte auf Widerstand, Kreditfinanzierungen auf Widerstand rechts der Mitte. Danach begann eine sehr emotionale Diskussion, weil die Umsetzung der Vorgaben hauptsächlich den Bereich betraf, der die größten Investitionsvolumina hatte: der Bildungsbereich. Und während sich die Fraktionen noch den Kopf zerbrachen, wie man mit den konkreten Vorschlägen des Oberbürgermeisters, mit denen ihn der Stadtrat beauftragte, umgehen sollte, hatte der Oberbürgermeister, ganz unerwartet, eine Schatztruhe gefunden mit so vielen Millionen Euro darin wie kaum jemand von uns je auf einem Haufen gesehen hat. Am 12. April 2021 wurden wir in einer Finanzausschusssitzung informiert. Oder besser: Mit einer Vorahnung versehen. Die vom beauftragte Kürzungsvorlage wurde von der Tagesordnung genommen, denn der Oberbürgermeister würde selbst einen Änderungsantrag stellen. Es sei ein besserer Jahresabschluss 2020 geworden als erwartet. Alle unsere Fragen, um wie viel Geld es sich handele und wofür es verwendet werden solle, blieben unbeantwortet. Noch einmal anderthalb Monate bis zum 26. Mai 2021 dauerte es bis die Katze aus dem Sack oder besser die Nachricht in die Öffentlichkeit gelassen wurde: Über 109 Millionen Euro sind im Jahr 2020 übriggeblieben. Wäre die Stadtverwaltung in der Lage, ihre Einnahmen und Ausgaben korrekt zu prognostizieren, hätten wir uns sowohl die Haushaltssperre als auch den unerfreulichen und aufwendigen Vorgang einer Kürzungsvorlage komplett sparen können.

Und genau diese Frage müssen wir nun stellen: Wie kann es sein, dass in der Stadtverwaltung von einem gewaltigen negativen Saldo ausgegangen wird und

Hier muss dringend am Haushalts-controlling gearbeitet werden.

mit haushaltswirtschaftlichen Sperren alle Fachämter unter Druck geraten, während sich auf den Konten der Stadt gleichzeitig ein Geldberg von 109 Millionen Euro über Plan auftürmt? Hier muss dringend am Haushaltscontrolling gearbeitet werden. Und noch etwas bleibt als Erkenntnis: Wenn wieder einmal jemand nach Kürzung und Einschnitten ruft, hat das vielleicht nicht nur finanzielle, sondern auch ideologische Gründe!

DRESDNER VERSAMMLUNGSBEHÖRDE

Vorrangige Aufgaben

Die Veranstaltungs- und Versammlungsbehörde, eine Abteilung des Ordnungsamtes, geführt durch Amtsleiter Ralf Lübs (CDU), ist eine Behörde der Stadtverwaltung Dresden, die direkt für die Umsetzung des Versammlungsgesetzes zuständig ist. Vorrangige Aufgabe ist es, geltende rechtliche Bestimmungen, insbesondere die Versammlungsfreiheit, umzusetzen. Diese Aufgabe fällt in den Bereich »allgemeines Verwaltungshandeln« und kann damit kaum vom Stadtrat beeinflusst werden. Bei Demonstrationen und Kundgebungen arbeitet sie eng mit der Polizeibehörde und der Polizei zusammen. Gemeinsam sind sie vor Ort für die Einhaltung der Versammlungsbescheide, von Ordnung und Sicherheit sowie der in verschiedenen Gesetzen (einschließlich der europäischen Ebene) verankerten Versammlungsfreiheit verantwortlich. Welche Probleme treten immer wieder auf, die zur oft zitierten Behauptung führen, dass die Dresdner Verwaltung auf dem rechten Auge blind sei? Bei Demonstrationen aus dem linken Spektrum zeigt sich, dass Versammlungsbescheide häufig viel zu spät zugestellt werden, die Kontrollen und Abmahnung kleinerer Verstöße in Bezug auf Abstände, Maskenpflicht und Hygienemaßnahmen viel engmaschiger durchgeführt werden und die Benutzung von Lautsprechern oder Musikbeiträgen durch das Ordnungsamt stark eingeschränkt bzw. reguliert wird. Im Gegensatz

Demonstration der Seebrücke in Dresden auf dem Neumarkt

dazu steht die Wahrnehmung des Handelns der Behörde bei Demonstrationen von Pegida, Coronaleugner:innen oder Querdenker:innen. Generell scheint zu wenig Personal vor Ort zu sein, um das Geschehen wirklich kontrollieren zu können. Außerdem fällt eine große Nachsichtigkeit bei Verstößen gegen die Versammlungsauflagen und Redefreiheit auf, zum Beispiel bei offenen Morddrohungen, Anstiftungen zu Gewalt, menschenverachtenden Äußerungen wie das im Chor gebrüllte »Absaufen, Absaufen« oder das regelmäßige vollständige Absingen des Deutschlandliedes.

Welchen Beitrag kann Kommunalpolitik leisten, um die Versammlungsbehörde zum neutralen Handeln zu bewegen? Auf die Finger schauen! Stadträt:innen haben das Instrument der Akteneinsicht, das unsere Fraktion nutzt. Entscheidender ist aber das gemeinsame Handeln auf der Straße. *Margot Gaitzsch*

Aus Zweien macht Vier. Das frisch gegründete Buben-Quartett: Die Dissidenten-Fraktion

GANZ HINTEN LINKS

Dissidenten-Quartett

Normalerweise gibt es Fraktionswechsel entweder am Anfang einer Wahlperiode oder kurz vor deren Ende, wenn die nicht wiederaufgestellten Stadtratsmitglieder es den anderen einmal richtig zeigen wollen. Aber so mittendrin? Die Herren Lichdi und Schmelich, die man – ohne ihnen zu nahe zu treten – durchaus als Individualisten bezeichnen kann, verließen sang-, aber nicht klanglos die grüne Fraktion, um mit den beiden bisher fraktionslosen Solisten von Piraten und Die Partei gemeinsam eine neue zu bilden. Als ob es für dieses Buben-Quartett nicht viele schöne Namen gegeben hätte, nannten sie sich ausgerechnet Dissidenten – eine Bezeichnung, die man während des kalten Krieges für tatsächliche oder vermeintliche ideologische Frontwechsel verliehen bekam.

An der Front im Stadtrat ändert sich freilich nichts, es steht weiterhin 35 zu 35 und der Oberbürgermeister darf weiter das Zünglein an der Waage spielen (wenn er denn gerade einmal da ist). Nur ihre Position als stärkste Fraktion verloren die Grünen damit an die CDU, worauf letztere prompt ankündigte, sie wolle jetzt wieder die *führende Rolle* übernehmen. Bitte nicht lachen!

Jens Matthis

FERNSEHTURM

Klares Bekenntnis des Stadtrats

Am 22. April stimmte der Stadtrat mehrheitlich einer Absichtserklärung, dem sogenannten Letter of Intent, zur Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms zu. Dieses Wahrzeichen der Landeshauptstadt wurde 1991 für die Öffentlichkeit geschlossen, bis 2018 liefen jegliche Versuche einer Wiedereröffnung ins Leere. DIE LINKE in Dresden spricht sich seit Jahren für eine Wiedereröffnung aus und verankerte dies als Forderung 2019 im Kommunalwahlprogramm. Schließlich ist der Fernsehturm ein wichtiges Denkmal der Ostmoderne und eine touristische Sehenswürdigkeit in Dresden, die man nutzen und der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Gegenüber den Kritikern des Fernsehturms fand der Fraktionsvorsitzende André Schollbach in seiner Rede im Stadtrat deutliche Worte: »Wenn eine Stadt mal eben 800 Wartehäuschen abreißt, einen Ski-Weltcup mit einem sechsstelligen Betrag bezuschusst und weit über 100 Millionen für ein Verwaltungszentrum raushaut, ist die Kritik an der Wiederbelebung eines bestehenden Gebäudes ziemlich schräg.« Mit einem Antrag hat die Fraktion DIE LINKE darüber hinaus dafür gesorgt, dass die ansässige Bürger:inneninitiative, die sich Sorgen um die verkehrliche Situation vor Ort macht, in die künftigen Planungen einbezogen wird. *Die Redaktion*

Bald wieder als touristisches Ausflugsziel geöffnet? Der Dresdner Fernsehturm

RATSSITZUNG

Dresden bekommt Jüdisches Museum und Gemeinschaftsschule

Dank einstimmigem Beschluss: Dresden bekommt ein Jüdisches Museum

Die Doppel-Stadtratssitzung im April hielt viele wichtige Beschlüsse parat, die in dieser Zeitung nicht unerwähnt bleiben sollten. So zum Beispiel das »Monitoring von zweckentfremdetem Wohnraum«. Solange noch keine gesetzliche Regelung zum Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum durch den Freistaat erlassen ist, soll die Stadt Dresden selbst eine Datenerhebung, eine Registererstellung mittels Daten des Steuer- und Stadtkassenamtes und die Erfassung beantragter Nutzungsänderungen von Wohnraum durchführen lassen. Darüber hinaus beschloss der Stadtrat einstimmig die Errichtung eines Museums zur Geschichte und Entwicklung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Dresden.

Der Umgang mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur muss normalisiert werden. Dazu soll das Museum einen wichtigen Beitrag in Dresden leisten. Denn noch immer gibt es antisemitische Anschläge und Angriffe in Deutschland. Zudem beschloss der Stadtrat den Prüfauftrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden und eine bessere ÖPNV-Anbindung des Dresdner Nordens an die Innenstadt. Unser Antrag, das Übergangswohnheim an der Wetterwarte anzuknüpfen, wurde mehrheitlich abgelehnt. *Die Redaktion*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Thomas Feske, Jana Neveling, Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
20. Mai 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Notausgang/piqsels (1); Dieter Gaitzsch (2); Digitalisierung/piqsels (2); userBot/pixabay (2); Dominik_Alexander_1977/ pixabay (3); Impfung/piqsels (3); Orang-Utan/piqsels (4); Jörg Blobelt/wikimedia commons (4); Tilo Wirtz (5, 8); Fahrrad/piqsels (5); Alexander Bahr (6); Zusammenhalt/piqsels (6); Strom/piqsels (6); Taschenrechner/piqsels (7); Margot Gaitzsch (7); Alexas_Fotos/pixabay (8); Z thomas/wikimedia commons (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat